

Mit diesen »Grundsätzen« wird deutlich, was als Ergebnis von Regierungsverhandlungen erreicht werden kann. Dies ist ein Appell an alle Regierungen in Ost und West, die in dem vorgesehenen Korridor Streitkräfte unterhalten, zum frühest möglichen Termin Verhandlungen über die Schaffung eines atomwaffenfreien Korridors aufzunehmen. Ein solcher Korridor würde die Verhandlungen in Genf, insbesondere zum Abbau der Mittelstreckenraketen, ergänzen und beiden Seiten mehr Sicherheit verschaffen.

Gerade nach dem Erfolg von Stockholm, mit seinen vom Atlantik bis zum Ural vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen, die einen Überraschungsangriff unwahrscheinlicher als bisher machen, würde ein Korridor nach den entwickelten Grundsätzen die politischen Vorwarnzeiten noch einmal verlängern und die Angriffsfähigkeit weiter mindern. Ein solcher Korridor wäre daher eine qualifizierte vertrauensbildende Maßnahme im Geiste von Stockholm. Da aus dem Korridor nicht nur Atomwaffen, sondern alle Waffen, die gleichzeitig konventionell und atomar verwendet werden können, von der Trennlinie der beiden Bündnisse zurückgezogen würden, führt er über Stockholm hinaus.

Damit würde die Struktur der konventionellen Streitkräfte und ihrer Bewaffnung, ohne die Verteidigungsfähigkeit zu mindern, auf beiden Seiten so verändert, daß ein Schritt hin zu Nichtangriffsfähigkeit und militärischer Stabilität auf einem immer niedrigeren Niveau getan und zugleich ein wesentlicher Beitrag zur Abrüstung auf konventionellem Gebiet geleistet wird.

Es bleibt die Aufgabe, die von der Arbeitsgruppe nicht gelöst werden konnte und sollte, durch Verhandlungen und Initiativen der beiden Bündnisse ein System kooperativer gemeinsamer Sicherheit zu erreichen.

Der Ausgang des Treffens von Reykjavik darf sich nicht zu Lasten von Frieden und europäischer Sicherheit auswirken. Gerade jetzt sind stärkere Anstrengungen und Initiativen erforderlich, um die positiven Ansätze des Treffens zu nutzen, um ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und es auf der Erde zu beenden.

Die gemeinsam erarbeiteten »Grundsätze« wollen als ein Beitrag aus der Mitte Europas verstanden werden, durch den die Gefahren durch taktische Atomwaffen und die damit verbundenen konventionellen Streitkräfte verringert werden. Dies fügt sich in den Vorschlag der Staaten des Warschauer Vertrages im Budapester Appell ein, auf den die NATO gemäß den Beschlüssen von Halifax eine konstruktive Antwort geben will.

Die Arbeitsgruppe hat sich bei ihren Beratungen von den Verpflichtungen leiten lassen, wie sie in Artikel 5 des Grundlagenvertrages formuliert sind, und von der Verantwortung, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen soll, daß von deutschem Boden Frieden ausgehen muß.

Beide Seiten werden die Ergebnisse ihrer Arbeit
- den Regierungen ihrer Staaten übergeben,